

1. Efficiency First – Energieeffizienz konsequent fordern und umsetzen

1. Warum wird das Ziel verfehlt? War Deutschland zu ambitioniert bei der Formulierung seiner Klimaschutzmaßnahmen oder zu wenig engagiert in seiner Umsetzung?

Die schwarz-rote Koalition war viel zu unambitioniert bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen. Der aus Klimaschutzgründen erforderliche Kohleausstieg wurde erst verschoben und dann tabuisiert. Und im Verkehrs- und Wärmesektor ist die Energiewende bis heute gar nicht erst angekommen. Programme und Maßnahmen der großen Koalition tragen den Klimaschutz nur im Titel. In der Substanz sind sie wirkungslos.

2. Welchen Stellenwert hat für Sie das Thema Energieeffizienz?

Wir wollen die Energieversorgung in Deutschland auf 100 Prozent erneuerbare Energien umstellen. Das wird nur zusammen mit ambitionierten Anstrengungen bei Effizienz und Einsparung gelingen. Wenn wir Strom, Wärme und Verkehr vollständig auf Erneuerbare umstellen, würde sich unser (Öko-)Strombedarf wohl weit mehr als verdoppeln. Das ist kaum zu schaffen. Mit einer ambitionierten Effizienzstrategie brauchen wir weniger Energie, aber auch weniger Erzeugungsanlagen, Netze und Speicher. Das macht die Energiewende schneller umsetzbar, bezahlbar und umweltverträglich.

2. Energetische Gebäudesanierung – Einsparpotenziale jetzt ausschöpfen

1. Würden Sie sich dafür einsetzen, dass die energetische Sanierungstätigkeit in Deutschland jährlich mit einer einheitlichen Definition gemessen und veröffentlicht wird?

Das wäre schon aus Transparenzgründen nützlich und würde zudem das Monitoring erleichtern. Voraussetzung sollte aber sein, dass die Erhebung fachlich abgesichert und effizient durchgeführt werden kann.

2. Worauf führen Sie die geringe energetische Sanierungsquote des Gebäudebestands hierzulande zurück?

Die bestehenden Förderprogramme sind zu bürokratisch und nicht auf die Bedürfnisse der Zielgruppen ausgerichtet. Über 800 Mio. Euro der für Effizienz- und Energiesparmaßnahmen bereitgestellten Fördermittel wurden nicht abgerufen. Das entspricht ein Drittel der gesamten Fördersumme. Die Bundesregierung fördert offensichtlich am Bedarf vorbei. Der niedrige Öl- und Gaspreis fördert diese Entwicklung noch.

3. Warum existiert bis dato keine steuerliche Förderung für energetische Gebäudesanierung?

Das liegt am fehlenden politischen Willen von Union und SPD. Bund und Länder konnten sich nicht über die Übernahme der Kosten einigen. Trotz zweier Anläufe wurde das wichtige Thema zwischen den Großkoalitionären zerredet. Wir haben uns immer für eine solche Förderung ausgesprochen und halten diese nach wie vor für machbar und sinnvoll.

4. Welche weiteren Schritte innerhalb des oben definierten Maßnahmenpakets erachten Sie als unabdingbar?

Wir halten die Neuordnung der Effizienzförderung für unabdingbar. Wir wollen Förderung fair ausrichten und die betroffenen Menschen beteiligen. Unser Förderprogramm soll auf drei Säulen beruhen:

1. Die bewährten KfW-Förderprogramme sollen verstetigt und vor allem entbürokratisiert und auf die Zielgruppen zugeschnitten werden.
2. Wir wollen die steuerliche Förderung von Energiesparmaßnahmen endlich einführen.
3. Wir wollen in einem neuen Programm „Faire Wärme“ jährlich 2 Milliarden Euro für Städte und Gemeinden zur sozialverträglichen Sanierung von Wohnvierteln bereitstellen. So können die Menschen vor Ort mit einbezogen werden, um eine breite Unterstützung zu sichern und lebendige Stadtviertel und Nachbarschaften zu erhalten. Dazu gehört auch der Ausbau unabhängiger Energieberatungsstellen für Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger ausbauen.

Darüber hinaus werden wir die Energieeinsparverordnung (EnEV) und das Erneuerbare Energien Wärme Gesetz (EEWärmeG) zusammenführen und substantziell verändern, so dass Klimaschutz im Gebäudebereich einfacher, preiswerter und sozialträglicher wird.

3. Gebäudeindividuelle Sanierungsfahrpläne – Information und Förderung als Erfolgsrezept

1. Welchen Stellenwert schreiben Sie einem solchen gebäudeindividuellen Sanierungsplan als Informations- und Beratungsinstrument zu?

Sie sind für Hausbesitzerinnen und -besitzer eine wichtige Motivation, Energiesparmaßnahmen durchzuführen. Dabei ist aber eine unabhängige Beratung ausschlaggebend.

2. Was halten Sie von den unter i. und ii. vorgeschlagenen Maßnahmen?

Wir wollen gebäudeindividuelle Sanierungsfahrpläne flächendeckend zu einem zentralen Instrument in der Energieberatung für Gebäudeeigentümerinnen und -eigentümer machen und fördern.

4. Energieeffizienten Neubau stärken – Verschärfungen im Ordnungsrecht mit Augenmaß begegnen

1. Setzen Sie zur Verbesserung der Energieeffizienz bei Gebäuden auf weitere Verschärfungen des Niedrigstenergiestandards von Gebäuden im Vergleich zur ENEC 2016, oder sind Sie der Auffassung, dass das EnEV 2016 Niveau dem nZEB entsprechen sollte?

Unser Ziel ist es, den von der EU vorgeschriebenen Niedrigstenergie-Gebäudestandard für Neubauten entsprechend dem KfW-Standard Effizienzhaus 40 zu definieren und so spätestens ab 2021 kaum noch Heizungen im Neubau zum Einsatz kommen zu lassen, die auf fossile Brennstoffe angewiesen sind.

2. Wollen Sie die Förderung verbessern? a. Was sind Ihre Vorschläge?

Wir halten die Neuordnung der Effizienzförderung für unabdingbar. Wir wollen Förderung fair ausrichten und die betroffenen Menschen beteiligen. Unser Förderprogramm soll auf drei Säulen beruhen:

- Die bewährten KfW-Förderprogramme sollen verstetigt und vor allem entbürokratisiert und auf die Zielgruppen zugeschnitten werden.
- Wir wollen die steuerliche Förderung von Energiesparmaßnahmen endlich einführen.
- Wir wollen in einem neuen Programm „Faire Wärme“ jährlich 2 Milliarden Euro für Städte und Gemeinden zur sozialverträglichen Sanierung von Wohnvierteln bereitstellen. So können die Menschen vor Ort mit einbezogen werden, um eine breite Unterstützung zu sichern und lebendige Stadtviertel und Nachbarschaften zu erhalten. Dazu gehört auch der Ausbau unabhängiger Energieberatungsstellen für Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger.

Beim Neubau setzen wir auf die Förderung des sozialen Wohnungsbaus und von dauerhaft günstigen Wohnungen mit einem Sofortprogramm für Neue Wohnungsgemeinnützigkeit, für dauerhaft günstige Wohnungen über Zuschüsse und Steuerbefreiung. Familien unterstützen wir beim Erwerb von Wohneigentum durch einen Zuschuss zum Eigenkapital.

Im Baurecht haben wir bereits die Möglichkeit für dichteres Bauen in den neuen Urbanen Gebieten geschaffen. Das vergünstigt das Bauen durch die deutlich bessere Ausnutzung von Grundstücken und war eine wichtige Forderung des Bündnisses für bezahlbares Bauen und Wohnen. Außerdem treten wir für eine starke Städtebauförderung und lebenswerte Stadtviertel mit kurzen Wegen und guter Nahversorgung ein.

b. Setzen Sie auf eine Abschwächung der Vorgaben der ENEV 2016?

i. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie den klimaneutralen Gebäudebestand in 2050 dann erreichen?

Wir setzen nicht auf eine Abschwächung der Vorgaben aus der EnEV 2016. Unser Ziel ist es, den von der EU vorgeschriebenen Niedrigstenergie-Gebäudestandard für Neubauten entsprechend dem KfW-Standard Effizienzhaus 40 zu definieren und so spätestens ab 2021 kaum noch Heizungen im Neubau zum Einsatz kommen zu lassen, die auf fossile Brennstoffe angewiesen sind.

5. Gebäudeenergieeffizienz schafft Mehrwert und Arbeitsplätze

1. Sind diese Aspekte nicht Anlass genug, um endlich eine attraktive steuerliche Förderung zu entwickeln, insbesondere für Bestandsgebäude?

Seit Jahren setzen wir uns für einen Steuerbonus für selbstnutzende Wohnungseigentümerinnen und –eigentümer ein, die ihre Wohnung oder ihr Wohnhaus energetisch sanieren. Wir sind überzeugt davon, dass diese Maßnahme nicht nur zur motiviert und das Klima schützt, sondern auch viele Arbeitsplätze schafft.

6. Bezahlbares Wohnen – Durch energetische Sanierung Nebenkosten senken

1. Welchem Bevölkerungsanteil droht Energiearmut? Wie wollen Sie dem begegnen?

Knapp sechs Millionen Haushalten wurde die Sperrung von Strom oder Gas von Stadtwerken oder Grundversorgern angedroht. Etwa in 350.000 Haushalten wurde in den letzten Jahren eine Strom- oder

Gassperre verhängt. In aller Regel sind besonders einkommensschwache Haushalte davon betroffen. Durch die inzwischen vergleichsweise niedrigen Gaspreise sowie die leicht rückläufigen Strompreise deutet sich eine Entspannung an.

Grundsätzlich ist hier die Sozialpolitik gefordert. Energiearmut ist das Ergebnis einer ungerechten Einkommensverteilung bzw. nicht ausreichender Sozialleistungen. So sind die Strompreise z. B. in den Zahlungen nach SGB nicht adäquat berücksichtigt. Das wollen wir ändern.

Zweitens zeigen praktische Erfahrungen von Verbraucherzentralen und der Caritas, dass durch eine gezielte Beratung bedrohter Haushalte eine Sperrung häufig vermieden werden kann. Auch die Stadtwerke profitieren davon, denn so verringert sich ihr Aufwand. Solche Programme wollen wir fördern.

Und schließlich wollen wir Privathaushalte von hohen Stromkosten entlasten. So hat der Preisanstieg viel mit der von uns seit Jahren kritisierten unfairen Verteilung der Energiewendekosten zu tun. Denn die Industrie ist großzügig von den Kosten für den Ökostromausbau oder die Stromnetze befreit. Bezahlt werden die Privilegien von Privathaushalten und Mittelstand. Pro Jahr schlägt das mit über sechs Milliarden Euro auf deren Stromrechnungen zu Buche.

Damit die Energiewende weitergeht, die Kosten aber für alle bezahlbar bleiben, wollen wir die Industrie zugunsten der Normalkunden stärker belasten. Aber es geht noch mehr: Die gesamte Industrieprivilegien könnten über den Haushalt statt die Stromrechnung finanziert werden, Ökostrom von der Stromsteuer befreit werden. Strom könnte für Normalkunden um etwa drei bis vier Cent preiswerter werden.

2. Wie beurteilen Sie die aktuelle Lage auf dem Wohnungsmarkt? Ist der Wohnraum, insbesondere in Ballungsgebieten, zum Luxusgut geworden?

Das ist richtig. Vielerorts ist Wohnraum Mangelware und wird immer teurer, 313 Kommunen in Deutschland gelten amtlich als Wohnraummangelgebiete. Allein in 2016 stiegen die Angebotsmieten im bundesweiten Durchschnitt um fünf Prozent an. Besonders Menschen mit kleinen Einkommen, aber zunehmend sogar Familien mit mittleren und guten Einkommen, haben Schwierigkeiten, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

3. Welche Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnungs- bzw. Wohnraumangebots wollen Sie ergreifen und gleichzeitig spürbare Anreize für Immobilieninvestoren und Bauherren schaffen?

Mit dem neuen Urbanen Gebiet im Baurecht haben wir die Möglichkeit geschaffen, deutlich dichter zu bauen. Das beschleunigt auch das Bauen neuer Wohnungen, da auf einem entwickelten Grundstück mehr Wohnraum entstehen kann. Außerdem wollen wir mit einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit eine attraktive Förderung aus Investitionszuschuss und Steuerbefreiung gewähren, für Wohnungen, die dauerhaft günstig vermietet werden. So wollen wir in den nächsten zehn Jahren eine Million zusätzliche dauerhaft günstige Wohnungen neu schaffen und sozial binden. Die Baugenehmigungen lagen 2016 mit 380.000 Wohnungen schon auf einem guten Niveau, die Kommunen haben ganze Arbeit geleistet.

4. Wie kann man das oben beschriebene Dilemma auflösen?

Wir wollen die Mieterhöhung nach Modernisierung deutlich begrenzen. Die Förderung für Faire Wärme (https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/fraktion/beschluesse/Beschluss_Faire_Waerme.pdf) wollen wir hingegen deutlich auf 7 Milliarden Euro im Jahr erhöhen und sozial gerecht ausgestalten, unter anderem mit einem Programm zur energetischen Quartierssanierung, mit dem Stadtviertel, in denen viele Haushalte mit kleinen Einkommen wohnen ohne Verdrängung modernisiert werden können. Das Wohngeld wollen wir erhöhen und mit einem Klimawohngeld ergänzen.

7. Dämmung dämpft Baupreise – Energieeffizienz neu denken

1. Wie wollen Sie künftig hohe Effizienzstandards und möglichst niedrige Baukosten in Einklang bringen und dadurch Bauherren und Mieter motivieren, energieeffizient zu bauen?

Zum einen möchten wir die Lebenszyklusbetrachtung in der EnEV abbilden. Gebäude aus nachwachsenden Rohstoffen wie zum Beispiel Holz sparen bei ihrer Herstellung so viel Energie, wie beispielsweise ein Passivhaus im ganzen Leben verbraucht. Das sollte angerechnet werden, außerdem möchten wir das Bauen mit nachwachsenden Rohstoffen finanziell fördern. In der EnEV sollte zweitens der CO₂-Ausstoß stärker berücksichtigt werden. Energieeinsparverordnung, Energieeinspargesetz und Erneuerbare Wärme Gesetz sollten integriert werden, um die Anwendung zu erleichtern, das kommt am Ende auch günstiger. Hauptpreistreiber beim Bauen sind aber im Gegensatz zu den energetischen Anforderungen der Wohnraummangel und hohe Grundstückspreise. Der preistreibenden Spekulation mit Bauland oder Wohnraum sollte daher entgegen gewirkt werden. Auch ein kompakter Baukörper und geeignete Wohnungsgrößen sparen Kosten und verringern die Inanspruchnahme von Land.

8. Sicheres und gesundes Wohnen – Mineralwolle erfüllt höchste Bau-Standards

1. Nicht selten führen mangelndes bauliches Fachwissen und fehlende Aufklärung der Bewohner zu einem erhöhten Brandrisiko. Wie wollen Sie hier gegensteuern?

Wir treten für Aus- und Weiterbildung im Bauwesen, für zukunftsgerichtete Bauforschung und entsprechende Sachkunde auch bei Maklern und Verwaltern von Immobilien ein.

2. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um die Standards bei den Brandschutzbestimmungen zu sichern und welche Rolle spielt dabei der Einsatz von nichtbrennbaren Baustoffen wie Mineralwolle?

3. Setzen Sie sich für die Anwendung der einheitlichen europäischen Brandklassifizierung ein, um das Schutzniveau der Bevölkerung in Deutschland zu erhöhen?

4. Setzen Sie sich für eine deutschlandweite Brandschadensstatistik ein, in welcher überhaupt erst genau nachvollzogen werden kann, wie sich die Brandursachen in den letzten Jahrzehnten in Deutschland entwickelt haben?

5. Wie beurteilen Sie die Maßnahmen der aktuellen Bundesregierung im Hinblick auf den Lärmschutz als Gesundheitsprävention für die Bevölkerung?

Der Entwurf der Bundesregierung zur Baurechtsnovelle ist absurd. Mit einer Änderung der Technischen Anleitung Lärm wird der Lärmschutz pauschal abgesenkt. Es wären deutlich höhere allgemeine Lärmimmissionen als bisher möglich: 3 Dezibel mehr im Vergleich zum Mischgebiet, dann 63 Dezibel tags und 48 nachts. Damit wird eine wichtige Schwelle gerissen und das erlaubte Lärmniveau über die Schwelle gesundheitsgefährdenden Lärms gehoben. Gerichte müssten gesundheitsgefährdenden Lärm auch für andere Gebiete akzeptieren, etwa allgemeine Wohngebiete. 3 Dezibel mehr bedeuten eine Verdoppelung des Lärms. Das lehnen wir ab.

6. Welche weiteren Vorteile bzw. besonderen Eigenschaften von Mineralwolle sind Ihnen bekannt?

Wir setzen uns für eine moderne Musterbauordnung des Bundes ein. Diese kann den Ländern, die primär für Bauordnungsrecht und Brandschutz zuständig sind, eine wertvolle Orientierung bieten. Dabei muss auch der Brandschutz bei Wärmedämmsystemen gewährleistet werden. In der Vergangenheit haben insbesondere die kunststoffbasierten Dämmsysteme hier zu Problemen geführt. Neben den Vorteilen wie hoher Lärmschutz und Feuerfestigkeit ist Mineralwolle hochbeständig weil sie nicht von Schimmel, oder Fäulnis angegriffen werden kann (da nicht organisch). Gleiches gilt auch für den nicht

vorhandenen Abbau durch Tiere. Die Herstellung verbraucht relativ wenig Energie. Steinwolle hat aufgrund der geringen Wärmeleitfähigkeit einen hohen Wärmeschutz.